



Blick aus Stuttgart

INHALT DIESER AUSGABE

Liebe Genossinnen und Genossen,

als sozial- und integrationspolitische Sprecherin ist das Thema Integration von Geflüchteten für mich ein zentrales Thema.

Auf der Suche nach gelungenen Integrationsprojekten bin ich oft im ganzen Bundesland unterwegs, so auch vor zwei Wochen in Mannheim.

Die Stadt Mannheim war schon immer ein Schmelztiegel vieler Nationalitäten, mit allen Vorteilen aber auch vielen Problemen. Vor vier Jahren war ich bereits dort und habe mir im Stadtteil Jungbusch die Problematik der starken Zuwanderung aus dem Balkan, insbesondere Angehörige der Volksgruppe der Roma, angesehen. Hier wurde deutlich, was es zum einen heißt, Menschen aus EU-Mitgliedstaaten wie Bulgarien und Rumänien zu integrieren und zum anderen aus Nicht-EU Staaten ohne wirkliche Perspektive. Diese Herausforderung muss die Stadt Mannheim nach wie vor meistern, zusätzlich aktuell auch die vielen

Geflüchteten, darunter viele sogenannte UMA's (unbegleitete minderjährige Ausländer). In der Benjamin-Franklin-Kaserne besuchte ich eine Wohngruppe mit UMAs. In der großen Mehrzahl sind es junge Menschen voller Hoffnung, aber auch mit Ängsten und mit Heimweh nach der Familie. Die allerwenigsten davon sind schwierig oder gar kriminell. Ich habe diese Erfahrung auch bei meinen Besuchen in der GHSE in Emmendingen in den sogenannten VABO (Vorbereitungsklasse Arbeit und Beruf ohne Deutschkenntnisse) gemacht. Auch hier zumeist junge Männer, die etwas lernen wollen, die Teil unserer Gesellschaft werden möchten.

Für mich ist klar: hier ist ein großes Potenzial, es lohnt jede Anstrengung. Aber eines darf man nicht vergessen: es sind oftmals halbe Kinder, alleine in einer fremden Welt und ohne Familie.

Eure *Sabine Wölfle*



Aus der Fraktion

Kommunen bei der Finanzierung von Flüchtlingskosten nicht hängen lassen, Kinderarmut wirksam bekämpfen

Seite 2



Im Wahlkreis

Gemeinschaftsschulen, Arbeitslosigkeit, Veranstaltungen

Seite 4

Kommunen bei Flüchtlingskosten nicht hängen lassen



Viele Landkreise und Große Kreisstädte, auch im südbadischen Raum, sind bei der Unterbringung und

Versorgung von Flüchtlingen mit Millionenbeträgen in Vorleistung gegangen. Derweilen werden die Fristen für eine Abschlagszahlung seitens des Innenministeriums immer weiter verschoben. Aktuell wurde der Zeitpunkt zur Begleichung der kommunalen Vorleistungen auf die Sommerpause datiert. In der Mündlichen Fragestunde des Landtags, am 11. Mai, habe ich mein Unverständnis und die Kritik, die von Landkreisen und Großen Kreisstädten aus dem Südbadischen an mich herangetragen wurde, deutlich gemacht, denn die Hinhaltetaktik der Landesregierung empfinde ich als echte Zumutung für die Städte und Kommunen, die auf die Begleichung ihrer Auslagen warten.

Das Land muss seine Zusage endlich einlösen und den Kommunen die tatsächlichen Ausgaben für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen erstatten.

Kinderarmut

Gemeinsam mit meinen Kollegen aus dem Sozial-AK und externen Experten haben wir ein Fachgespräch zum Thema Kinderarmut geführt und gemeinsam einen Forderungskatalog zusammen gestellt, welcher große Zustimmung seitens unserer Gäste erhielt. Ganz aktuell gilt es die Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss, die wir sowohl in unserem Armuts- und Reichtumsbericht als auch in unserem Regierungsprogramm als Ziel beschlossen haben, umzusetzen. Hierzu hat die Fraktion verschiedene Vorschläge formuliert, darunter, den steuerlichen Freibetrag für Alleinerziehende durch einen Zuschlag zum Kindergeld zu ersetzen. Denn insgesamt tragen die Alleinerziehendenhaushalte das größte Armutsrisiko. Wir wollen schrittweise die Kita-Gebühren abschaffen und aus Gründen der Armutsbekämpfung dabei bei den Eltern knapp oberhalb der Hartz IV-Grenze sowie den Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf beginnen. Ein monatlicher Elternbeitrag 250 Euro hält vor allem

die Eltern mit geringem Qualifikationsniveau – darunter auch viele Eltern ohne ausreichende Deutschkenntnisse – davon ab, ihre Kinder zu einem frühen Zeitpunkt von frühkindlicher Bildung profitieren zu lassen. Ein weiterer, für uns besonders wichtiger Punkt, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vor allem wenn beide Elternteile in einer gesicherten und guten beruflichen Position stehen, sind ihre Kinder in der Regel nicht von Armut bedroht. Deshalb müssen wir die Maßnahmen des Landes zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf – insbesondere die Angebote der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen – weiter ausbauen. Auch bei besonders belasteten Familien darf kein Kind durch unser aufgespanntes Netz fallen. Das gilt besonders für Familien mit suchtkranken Eltern, mit Eltern



mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen oder für Familien, in denen die Eltern kein Deutsch sprechen.

Wir sind und bleiben eine der wenigen Parteien im Landtag, die sich die Bekämpfung von Kinderarmut auf die Flagge geschrieben haben. In einem so reichen Bundesland, wie dem unseren, sollte kein Kind von Armut betroffen sein.

[Hier](#) findet ihr unseren Antrag zum Unterhaltsvorschuss.

Gemeinschaftsschulen

In diesem Monat habe ich gleich drei Gemeinschaftsschulen in meinem und angrenzenden Landkreisen besucht. Die Graf-Heinrich-Gemeinschaftsschule in Hausach, die Ferdinand-Ruska-Schule in Rust und die Kastelbergschule in Waldkirch. Hintergrund der Gespräche war die Vermutung, dass die grün-schwarze Landesregierung ihre politischen Differenzen auf dem Rücken der Gemeinschaftsschule austrägt und die Schulart runtergespart wird.

Das Konzept der Gemeinschaftsschulen sieht vor, dass Schülerinnen und Schüler ab der Grundschule gemeinsam beschult werden. Einzelne Fächer können auf verschiedenen Niveau-Stufen unterrichtet werden, sodass Schülerinnen und Schüler in ihren Begabungen und Talenten gefördert werden. Die Gemeinschaftsschule verfolgt einen inklusiven Ansatz. Kinder sollen hier nicht ausgesiebt werden, sondern in ihren Talenten und Fähigkeiten gestärkt werden.



In allen drei Schulen wurde deutlich, dass gemeinsames Lernen in einer heterogenen Schulgemeinschaft für die Entwicklung der Kinder besonders förderlich ist. Hier wird Inklusion und Vielfalt gelebt. Die Gemeinschaftsschule hat ein enormes Potential und arbeitet schüler*innenbezogen und nicht leistungsbezogen. Ziel der Gemeinschaftsschule ist es, Talente zu fördern und nicht Mankos zu suchen. Umso wichtiger ist es, die Gemeinschaftsschule entsprechend zu fördern. Wir brauchen dringend mehr Lehrkräfte, mehr sonderpädagogisches Fachpersonal und eine bedarfsorientierte finanzielle Ausstattung dieser vielfältigen Schulart. Hierbei geht es nicht um eine Bevorzugung der Gemeinschaftsschulen, sondern um die Anerkennung des besonderen Aufgabenprofils. Die grün-schwarze Landesregierung darf ihre Rängeleien nicht auf dem Rücken dieser besonderen Schulform austragen. Das ist gegenüber den Schüler*innen, Lehrenden und Eltern vollkommen verantwortungslos.

Vor allem aber wünschen sich die Schulen Planbarkeit, Verlässlichkeit und Kontinuität, damit die engagierten Pädagoginnen und Pädagogen ihre Arbeit ordentlich ausführen können.

Jugendarbeitslosigkeit

Im Landkreis Emmendingen hatten wir zu Beginn des Jahres eine Jugendarbeitslosigkeit von 2,3 % zu verzeichnen. Dies sind zwar immer noch 2,3 % zu viel, aber eine erfreulich niedrige Zahl. Ganz anders schaut es bei unseren französischen Freunden im Elsass aus. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt zwischen 25% - 30%. Hier gilt es

Potentiale zu identifizieren und dafür zu sorgen, dass wir durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit Modelle entwickeln, damit dem Fachkräftemangel bei uns gezielt entgegengewirkt werden kann und gleichzeitig junge Menschen im Oberrhein Arbeit finden können. Aktuell bitte ich die Landesregierung

in einem Berichtsantrag mir nähere Informationen zu geben.



Veranstaltungen



Am Ende dieses Monats, **am 24. Juni 2017**, lade ich eine Gruppe Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis zum Bürgerfest des Landtages, in dessen Rahmen auch das neue Medienzentrum eröffnet werden soll, ein. Im Oktober biete ich dann wieder eine reguläre Fahrt in den Landtag an, zu der ihr euch natürlich sehr gerne anmelden könnt.